

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengefuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 117

Montag, den 19. Mai 1924.

48. Jahrgang

Gedächtnischwund und Pöbelei der demokratischen „Berliner Volkszeitung.“

Von J. K. Wittina

In Nr. 215 vom 6. 5. schreibt die jüdisch-demokratische „Berliner Volkszeitung“ u. a.: „Die Deutschnationalen sind die stärkste Partei. Sie stellen nach den parlamentarischen Gepflogenheiten den Präsidenten des neuen Reichstages. Sie müssen auch den Reichkanzler stellen, der sich sein Kabinett zusammensuchen muß.“ In der nächsten Nr. 216, am folgenden Tage, läßt dasselbe Blatt folgenden Erguß auf seine Leser los: „Aber die Ritter der Reaktion haben alle etwas von ihrem französischen Standesgenossen, dem alten, unseligen Riccaut, und darum legen sie sich flugs aufs Schieben.“ Es wird dann weiter ausgeführt, diese „Schiebung“ bestehe darin, daß die deutschnationale Presse auch die Stimmen der Landliste und der Nationalliberalen Vereinigung mit zu den Parliamentsmandaten hinzurechne.

Es gibt manche Menschen, die nicht wissen, was sie am Tage vorher gesagt oder geschrieben haben. Zu diesen gehören auch die Verantwortlichen von der „Berliner Volkszeitung“. Derartige Persönlichkeiten haben im allgemeinen nicht die Qualifikationen, im öffentlichen Leben beachtet zu werden. Widerlich wird aber ihr Eum und Treiben, wenn sich damit eine derartige niedrige und gemeine Anpöbelei verbindet, mit der sie sich nur selbst bloßstellen.

Die Ritter der Reaktion sind stolz darauf, von einem jüdisch-demokratischen Blatt als solche bezeichnet zu werden. Reaktion ist der Kampf eines Organismus gegen schädliche Fremdkörper, also eine durchaus notwendige und sehr gesunde Erscheinung. Das ist die wahre Bedeutung des Wortes. Auch der deutsche Volkstörper muß auf Parasiten und ihr Treiben reagieren, wenn er nicht zugrunde gerichtet werden will. Im übrigen muß jeder deutsche Mann, ob Adel oder nicht, es sich auf das entschiedenste verbitten, ausgerechnet von der demokratischen „Berliner Volkszeitung“, der Schutzwache und der Fürsprecherin der „ehelichen“ Ostjuden, mit dem französischen unehelichen Riccaut aus Lessings „Minna von Barnhelm“ verglichen werden. Aus diesem Vergleich spricht so recht der unverhüllte Haß und der Wille, das deutsche Wesen herabzusetzen. Wenn sich die Semiten darüber beklagen, daß sie „ohne Grund“ angegriffen werden, so mögen sie sich danach verhalten, daß man in der Abwehr nicht genötigt ist, ihnen die nackte Wahrheit zu sagen. Was weiß das jüdische Blatt über „Minna von Barnhelm“. Es ist das deutschste aller Lustspiele, und mit kluger Berechnung hat Lessing gerade als Gegensatz für die urdeutschen, biederen und ehrlichen Charakter des Stückes die Figur eines Franzosen eingefügt.

Doch was weiß die „Berliner Volkszeitung“ vom deutschen Wesen? Schreibt von der Moskopresse das „Berliner Tageblatt“ für den Bildungsgrad derer von Kürfürstendamm, so hat die „Berliner Volkszeitung“ die traurige Aufgabe, die wertige Speise für das Bierel der Grenadierstraße zu liefern. Gegen die Schiebung, Unehelichkeit und täglichen Verbrechen der dortigen Bewohner ist selbst der Franzose Riccaut noch ein Stern der Tugend. Man sollte sich doch wirklich hüten, besitz man schon nicht selbst Anstandsgefühl, deutsche Männer mit unehelichen Charakteren zu vergleichen, wenn man selbst aus Rassegründen sich bemüht, feine Hand juchend über dem Abschaum einer Sippe zu halten, die Parasiten am deutschen Volkstörper sind — den „braven, ehrlichen, maendretinen“ Ostjuden.

Um die Regierungsbildung.

Die Mittelparteien zu Verhandlungen bereit.

Berlin, 17. Mai. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, haben im Laufe des gestrigen und heutigen Tages zwischen den Führern der drei bürgerlichen Mittelparteien, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten, eine Reihe vorerst unverbindlicher Verhandlungen über die Regierungsfrage stattgefunden, die folgendes Ergebnis zeitigt haben:

Das Reichskabinett verzichtet auf seine ursprüngliche Absicht, sich mit einer neuen Programmklärung an den neuen Reichstag zu wenden, sondern tritt schon jetzt an den Reichspräsidenten mit dem Ersuchen heran, Verhandlungen zwecks Bildung einer neuen Regierung einzuleiten. Gleichzeitig werden die Mittelparteien von sich aus Verhandlungen mit den Deutschnationalen anbahnen und diesen ein außenpolitisches Programm vorlegen, auf dessen Grundlage dann die Bildung der neuen Regierung aus Deutschnationalen, Volkspartei,

Zentrum und Demokraten erfolgen könnte, d. h. wenn mit den Deutschnationalen eine Einigung über die Frage der Außenpolitik zustande kommt.

Kommt eine solche Einigung nicht zustande, so wird nach Ansicht der parlamentarischen Kreise der Reichspräsident einen deutschnationalen Parteiführer mit der Regierungsbildung beauftragen. Die Mittelparteien würden jedoch den Eintritt in diese Regierung ablehnen und somit das Zustandekommen des deutschnationalen Kabinetts verhindern. Der Reichspräsident würde dann neuerdings den bisherigen Kanzler Marx mit der Kabinettsbildung beauftragen.

Von deutschnationaler maßgebender Stelle war bisher keine Stellungnahme zu diesem neuen Plan der Mittelparteien zu erlangen. Wir glauben jedoch, schon jetzt sagen zu können, daß, falls die Mittelparteien etwa beabsichtigen, den Deutschnationalen ihr außenpolitisches Programm in ultimativer Weise aufzudrängen, oder falls sie, wie wir es schon gestern andeuteten, versuchen sollten, die Deutschnationalen gewissermaßen nur als fünftes Rad am Wagen in die neue Regierung einzubeziehen, sie mit ihren Bemühungen keinen Erfolg haben werden. Sollte das besagte „außenpolitische Programm“ der Mittelparteien jedoch nur als Verhandlungsgrundlage gedacht sein und jedes starre und ultimative Charakters entbehren, so würde sich unserer Ansicht nach vielleicht über die Sache reden lassen.

Graf Westarp über das Gutachten.

Berlin, 17. Mai. Graf Westarp schreibt in der „Kreuz-Zeitung“: Die Deutschnationalen stehen im bewußten und entschiedenen Gegensatz zu dem Plan, das Gutachten zunächst einmal als ein unteilbares Ganzes anzunehmen, um dann nach der Annahme den Versuch zu machen, Einzelnes bei der Durchführung zu bessern und über die von den Sachverständigen nicht behandelten politischen und Ehrenfragen unabhängig von der Annahme des Gutachtens gesondert zu verhandeln. Als Träger des Planes unveränderter und bedingungsloser Annahme sieht die Sozialdemokratie im Vordergrund. Die Deutschnationalen lehnen diese Politik ab. Bereit in Verhandlungen über das Gutachten einzutreten, sind sie entschlossen, bei Abschluß der Verhandlungen seine endgültige Annahme von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen, die sich sowohl auf die von den Sachverständigen beiseite geschobenen politischen und Ehrenfragen, wie auf Änderung der Vor schläge selbst beziehen. Die nächste Woche wird voraussichtlich Verhandlungen der Partei selbst erbringen, in denen sich entscheiden wird, ob für die deutschnationale Politik eine Regierung gebildet werden kann, oder ob die Deutschnationalen der Gegenseite den Versuch überlassen müssen, die vorbehaltlose und bedingungslose Annahme des Gutachtens im neuen Reichstage ebenso unter Dach zu bringen, wie es mit der Versailler Vertrag, dem Londoner Ultimatum und ähnlichen Verträgen geschehen ist. Die Opposition der Deutschnationalen wird dann von äußerster Schärfe sein.

Warnung der Vaterländischen Verbände.

Der erweiterte Vorstand der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands fordert von jeder Reichsregierung, daß sie das sogenannte Sachverständigen Gutachten in seiner heutigen Form unter keinen Umständen annimmt. Die in ihm vorgesehenen Belastungen des deutschen Volkes gehen über das unerfüllbare Versailler Diktat hinaus und bedeuten eine grauenvolle Vermehrung unserer Not. Sie sind auch undurchführbar und bieten den Vorstand zu immer neuen Gewaltmaßnahmen.

Die bolschewistische Propaganda.

Wohlenhardt im Solde Moskaus.

Es ist jetzt einwandfrei festgestellt worden, daß der in Berlin wiedererhaftete Kommunist Wohlenhardt Angestellter der russischen Handelsvertretung gewesen ist. Er hat vier Wochen vor der Reichstagswahl Urlaub erhalten und ist als Referent für Wahlveranstaltungen vom Reichswahlkomitee der deutschen kommunistischen Partei nach Süddeutschland geschickt worden. Er ist dort in mehreren Versammlungen aufgetreten.

Wohlenhardt war früher Lokomotivführer. Seit Jahren lebt er von Frau und Kind getrennt mit der Lageristin Helene Kfmann. Mit ihr eröffnete er in Pommern eine Konditorei, die der Treffpunkt für die zahlreichen Kommunisten wurde, die auf ihren Agitationsstouren diese Gegenden berührten.

Die Wohnung, in der Wohlenhardt verhaftet worden ist, gehört einer Dame, die sich im Auslande aufhält. Sie wurde von dem „Diplomingenieur“ Otto Lehmann gemietet. Lehmann, der Grubenarbeiter war, hatte sich diesen Titel beigelegt, als er bei der russischen Handelsvertretung angestellt

wurde. Helene Kfmann und ihre in Neuföln wohnende Familie haben enge Verbindung mit Wohlenhardt in seinem Versteck in der Gleditschstraße gehabt. Sie sind deshalb wegen Begünstigung festgenommen worden. Im ganzen sind außer Wohlenhardt noch neun Personen verhaftet worden.

Wie jetzt weiter festgestellt worden ist, hatte sich Wohlenhardt mit Lehmanns Hilfe sofort durch einen Seitenausgang der Handelsvertretung entfernt, so daß er bei der Durchsuchung des Gebäudes gar nicht anwesend war.

Diese Feststellungen zeigen deutlich, daß die sogenannte russische Handelsvertretung in Wahrheit nichts anderes ist, als eine Zentralstelle zur Organisierung des Umsturzes in Deutschland. Demgegenüber erscheint es geradezu lächerlich, wenn die Moskowiter der deutschen Regierung noch zumuten, daß sie diese gegen den Bestand des Deutschen Reiches gerichtete Organisation auch noch schützen soll.

Fortdauer des Ruhr-Streiks.

Die Industrie über den Schiedspruch im Ruhrkonflikt.

Berlin, 17. Mai. Aus Kreisen der Industrie erfährt der Deutsche Handesdienst folgendes: Wie kein Schiedspruch die Parteien voll befriedigen kann, so ist auch vom Schiedspruch über den Arbeitskampf an der Ruhr zu sagen, daß er den Wünschen und Erwartungen der Unternehmer nicht entsprochen hat. Hinsichtlich des Rahmentarifes sind die von Unternehmerseite beantragten Forderungen abgelehnt worden. Die Werke übernehmen damit Lasten (z. B. Deputatlohn und Friedenspreise, keine Ermäßigung der Deputatmenge), die von den Unternehmern für sehr hoch angesehen werden. In der Kernfrage der Arbeitszeit ist es nicht zu der erwünschten Lösung der Festlegung der Achtstundenschicht unter Tage gekommen. Der Schiedspruch verlängert das Arbeitszeitabkommen bis zum 1. April 1925. Es werden also acht Stunden verfahren. Es ist zweifellos ein Vorteil, daß für diese immerhin lange Zeit eine Regelung der Arbeitszeitfrage herbeigeführt worden ist, wenn auch am 1. April 1925 mit neuen Kämpfen zu rechnen ist. Der Schiedspruch bestimmt in der Arbeitszeitfrage das, was vom Zechenverband vor und während der Aussperrung stets angeboten worden ist: Verlängerung des Arbeitszeitabkommens. Es wird also an dem bisher Bestehenden nichts geändert.

Ablehnung seitens der christlichen Bergarbeiter.

Bochum, 17. Mai. Die am 17. Mai in Bochum tagende außerordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet nahm nach kurzer Beratung folgende Entschliessung einstimmig an:

„Der in Berlin gefällte Schiedspruch der Aussperrung im Ruhrbergbau hat bei der Bergarbeiterschaft eine ungeheure Entrüstung und Erregung hervorgerufen. Den Manteltarif nehmen wir mit den vorgesehenen Änderungen an, das Ueberarbeitsabkommen lehnen wir ab, weil nicht mehr von jeder Arbeit, sondern von der Mehrarbeit die Rede ist. Ferner kann kein Mensch dem Arbeiter zumuten, ohne jede Vergütung überarbeiten zu lassen. Auch die Verlängerung der Arbeitszeit für Kohlearbeiter, die nach dem Schiedspruch vom 28. April auf wöchentlich 56 Stunden herabgesetzt, durch den neuen Schiedspruch auf 65 Arbeitsstunden verlängert worden ist, ist für uns unannehmbar. Die in diesem Arbeitsabkommen festgesetzte Frist ist entschieden zu lang und bedeutet eine weitere Verschlechterung des am 28. April gefällten Schiedspruches. Ferner fehlt in dem Berliner Schiedspruch eine befriedigende Regelung der Lohnfrage. Es ist auch im Schiedspruch keine Maßnahme getroffen, die ausgesperrten Bergarbeiter vor Maßnahmen harter Unternehmer zu schützen. Der Gewerkschaftsverein fordert die Bergwerksunternehmer auf, die Aussperrung aufzuheben und die Betriebe wieder zu öffnen. An die Reichsregierung und die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes richten wir das dringende Ersuchen, die Unternehmer evtl. zur Öffnung ihrer Betriebe zu zwingen.“

Frist bis zum Montag.

Berlin, 17. Mai. Zur Annahme oder Ablehnung des gestern nach dreitägiger Verhandlung in Berlin gefällten Schiedspruches über die Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen ist den Beteiligten eine Frist gegeben worden, welche am Montag, den 19. Mai, abläuft. Bereits heute haben im Ruhrgebiet Revierkonferenzen der Bergarbeiterverbände stattgefunden, die zu dem Schiedspruch Stellung nahmen. Je nach dem Ausfall dieser Konferenzen und der Stellungnahme des Zechenverbandes zu dem Schiedspruch könnte dann am Montag die seit 14 Tagen ruhende Arbeit im Bergbau wieder aufgenommen werden.

Badeanzüge aus Satin und Foulard
in hübscher, moderner Ausmusterung mit Ueberrock
13.50 16.— 17.— 20.— 24.—

Badeanzüge aus Trikot
für Damen 4.25 5.50 6.75 8.50
für Kinder Gr. 45 1.30, Gr. 50 1.65,
Gr. 60 1.80, Gr. 70 1.95
für Herren 3.30

Badeanzüge „Forma“
mit eingearbeitetem Büstenhalter aus merzerisiertem Trikot für Damen 12.— 13.—
aus Trikot für Damen mit Ueberrock 6.75

Badehauben
aus Gummi 2.10 2.25 2.40 2.95
aus gummiertem Satin 1.50 1.80
gummiert, für Kinder 1.10 1.40

Badeschuhe
in allen Grössen m. Gummisohle 3.90 4.20
in allen Grössen m. Stoffsohle 1.50

Badepantoffeln aus Kräuselstoff 1 25

Für die Badezeit

Badewäsche

in denkbar größter Auswahl

Gustav Zeeck Stolp

Telephon 124, 125, 126.

Bademäntel aus Kräuselstoff
mit Aermel 22.50 27.50 32.50
mit Aermel, in türk. Mustern gewebt 70.—
mit Aermel, bedruckt, gar. kochecht 78.—
mit Aermel, farbig gestreift 48.—

Badecapes aus Kräuselstoff
bedruckt, garant. kochecht 67.— 70.—
modern gemustert 30.— 32.50

Badelaken aus Kräuselstoff
in Kindergrösse Gr. 100/100 Gr. 100/125
5 25 u. 7.50 5 80
in Mittelgrösse Gr. 130/160 10.75
für Erwachsene Gr. 160/200 16 80 19 50

Badetücher aus Kräuselstoff
extra feinfädige schwere Ware
weiss, mit roter Kante 3.40
weiss, mit farbigen Streifen 3.50
farbig, rosa, hellblau 3.90

Badehosen
aus Trikot Gr. 40 2 20
aus rotem Kattun Gr. 40 0.50

Ämtliche Bekanntmachungen.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß sämtliche Brände, auch solche, bei denen die Feuerwehr nicht eingreift, falls bei der Versicherung Entschädigungen beantragt werden, der Polizeiverwaltung — Abteilung Feuerwehr anzumelden sind.

Stolp, den 15. Mai 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Auf dem Acker des Versorgungshauses an den Aufkerbaraden ist Gift gelegt. Wir warnen die angrenzenden Hühnerbesitzer hiermit.

Stolp, den 16. Mai 1924.

Die Armendirektion.

Gustav Adolf Lichtbildervortrag.

Dienstag, den 20. Mai, abends 8 1/4 Uhr spricht Superintendent Graemer-Braunsberg in der Aula des Gymnasiums über:

Die evangel. Diasporaanstalten des Ermlandes. (Off-Preußen.)
Eintritt frei.

Die evangel. Glaubensgenossen laden wir herzlich dazu ein.

Die Vorsitzenden der Gust. Ad. Vereine
Dr. Moerner. Frau Witte.

Gelb-Lupinen Seradella

bietet billigst an
Fernruf 509 Carl Schröder, Mittelstr. 43.

Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volkstüche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volkstüche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.

Die städt. Volkstüche
Reitbahn, Fernruf 1009.

Schützenhaus.

Täglich Abends 8 Uhr

Großer Internationaler Meisterringer-Weltstreit!

Heute Montag!

4 große Kämpfe 4

Reiber gegen Kiedel
Bayern gegen Sietin

Hein gegen van Berg
Weltmeister gegen Holland

Pukmann gegen Schwerdfeger
Deutscher Meisterkämpfer gegen Königsberg

der spannende Entscheidungskampf!

Schachschneider gegen Sadursky
Ex Amateur Weltmeister gegen Rußland

Vor den Ringkämpfen Großes Konzert!
Vollstündliche kleine Eintrittspreise von 60 Pfennig bis 2 Mark.



Zu beziehen durch die Drogenhandlungen und die Friseure.

Jeder Stand trinkt Brandt

Aechter Brandt Caffee
Marke »Pfeil«

Vollkommenster Kaffe Zusatz nicht immer der billigste, aber der beste von Qualität und daher doch am preiswertesten! In jedem einschl. Geschäft zu haben!

Zwangs- Versteigerung.

Am 20. 5. 24 vorm. 11 Uhr in Neumühl

(Sammelort Chauffee)

1 Aderwagen,

am 21. 5. 24 nachm. 2 Uhr in Bantsehov

(Sammelpunkt am Gasthof)

1 Centrifuge

öffentlich meistbietend gegen

sofortige Barzahlung.

Scheunemann,

Ober-Gerichtsvollzieher

Stolp, Umlandstraße 12.

Bruchreis Gerstgrütze Buchweizengrütze

bietet billigst an

Carl Schröder.

Hammerjäger

W. Urbach ist wieder an

wesend zwecks Vertilgung von

Ratten, Mäusen, Wanzen

usw. Bestellung umgehend

unter N. N. 12 an die

pedition der Stg. erbeten.